



Geschäftsführung Stadtentwicklungsausschuss

Frau Michels

Telefon: (0221) 221 - 23148

Fax: (0221) 221 - 24447

E-Mail: marianne.michels@stadt-koeln.de

Datum: 10.11.2010

Niederschrift

über die **11. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 04.11.2010, 15:00 Uhr bis 17:25 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Karl-Jürgen Klipper CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Polina Frebel	SPD	Vertretung für RM Dr. Bürgermeister
Herr Horst Noack	SPD	
Herr Alfred Schultz	SPD	
Herr Michael Zimmermann	SPD	
Frau Birgit Gordes	CDU	
Herr Stefan Götz	CDU	ab 15.12 Uhr
Herr Helmut Jung	CDU	bis 17.00 Uhr
Herr Henk von Benthem	CDU	Vertretung für RM Jung, ab 17.00 Uhr
Frau Barbara Moritz	GRÜNE	
Frau Dr. Sabine Müller	GRÜNE	
Frau Bettina Tull	GRÜNE	
Herr Ralph Sterck	FDP	
Herr Jörg Uckermann	pro Köln	Vertretung für SE Breuer, bis 16.15 Uhr

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE	
Herr Klaus Hoffmann	Freie Wähler Köln	ab 15.30 Uhr

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Jürgen Brock-Mildenberger	SPD	
Herr Michael Frenzel	auf Vorschlag der SPD	
Herr Günter Leitner	auf Vorschlag der CDU Fraktion	
Herr Dr. Ulrich Soénius	auf Vorschlag der CDU	
Herr Jörg Beste	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Norbert Hilden	auf Vorschlag der FDP	
Herr Horst Thelen	GRÜNE	ab 15.20 Uhr
Herr Lothar Müller	DIE LINKE	
Herr Ingo Schneemann	auf Vorschlag der FDP	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Herr Marco Malavasi	LSVD OV Köln	ab 15.12 Uhr
Herr Bahri Gülsen	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Beh.pol.	
Herr Werner Baatz	Seniorenvertretung	

Verwaltung

Herr Jörg Bambeck	Dezernat Planen und Bauen	ab 16.30 Uhr
Herr Hermann Gellissen	Stadtplanungsamt	
Frau Sandra Kißmann	Dezernat Planen und Bauen	
Frau Anne Luise Müller	Stadtplanungsamt	
Frau Elke Müssigmann	Stadtplanungsamt	
Herr Beigeordneter Bernd Streitberger	Dezernat Planen und Bauen	
Herr Werner Stüttem	Amt für Stadtentwicklung und Statistik	
Herr Andreas von Wolff	Stadtplanungsamt	

Schriftführerin

Frau Marianne Michels	Dezernat Planen und Bauen
-----------------------	---------------------------

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD
Herr Gereon Breuer	pro Köln

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Christian Möbius	CDU
Herr Wolfgang Hornemann	pro Köln

Anmerkung des Protokolls:

Zur Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 10.06.2010 wurde in der Niederschrift zu TOP 10.3 (Seite 25) versehentlich protokolliert, Frau Moritz sei Schulleiterin gewesen. Dies war ein Schreibfehler und entspricht nicht den Tatsachen.

Vorsitzender Klipper eröffnet die 11. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses in der Wahlperiode 2009/2014 und begrüßt die Anwesenden. Anschließend verliest er die Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung. Seitens der CDU-Fraktion macht Vorsitzender Klipper Beratungsbedarf zu TOP 13.2 – „1. Änderung Westlich Schillingsrotter Weg“ geltend.

RM Zimmermann schlägt vor, den TOP 5.1 – „Jahresbericht 2009“- zurückzustellen. Prinzipiell begrüße er die Absicht der Verwaltung, das Berichtswesen neu zu fassen; allerdings halte er das vorgeschlagene Verfahren für wenig praktikabel. Dies führe nämlich zu stundenlangen Diskussionen in allen Ausschüssen. Ferner halte er es für problematisch, dass ein Ausschuss in die Lage versetzt werde, Ratsbeschlüsse nicht weiter zu verfolgen. Er bittet daher die Verwaltung, den politischen Gremien einen Beschlussvorschlag zu unterbreiten. Vor dem Hintergrund des vorliegenden „Sachstandes 2009“ möge dabei auch klar herausgestellt werden, welche Beschlüsse bis heute tatsächlich erledigt seien.

RM Moritz bittet um Vertagung des TOP 8.1 – „Ohmstraße in Köln-Porz“- , da seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weiterer Beratungsbedarf bestehe.

Darüber hinaus gehende Änderungswünsche zur Tagesordnung liegen nicht vor. Somit ergibt sich die nachfolgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

2 Schriftliche Anfragen

2.1 Städtebauförderung des Bundes
Anfrage der Fraktion Die Linke. Köln vom 29.10.10
AN/2011/2010

2.2 Stand Mülheim 2020
Anfrage der Fraktion Die Linke. Köln vom 29.10.10
AN/2014/2010

3 Anträge

3.1 Vertiefte Bürgerbeteiligung für das so genannte Helios-Gelände in Köln-
Ehrenfeld
Antrag der Fraktion pro Köln vom 21.10.2010
AN/1904/2010

4 Stadtplanung - Projekte

4.1 Regionale 2010

4.2 Umsetzung Masterplan

5 Allgemeine Vorlagen

5.1 Jahresbericht 2009
4172/2010

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

5.2 Programm MÜLHEIM 2020, Flaniermeile Frankfurter Straße
Beschluss über die Freigabe von Kassenmitteln in Höhe von 131.251,12 EUR
4120/2010

5.3 Programm MÜLHEIM 2020, Gestaltung Berliner Straße als Geschäftsstraße,
Hier: Beschluss über die Freigabe von Kassenmitteln in Höhe von 59.153,34
EUR
4145/2010

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

6.1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft
1346/2010

6.2 Satzung über Anbringungsort, Abmessungen und Ausgestaltung von Werbeanlagen für einen Teil der Ortslage Köln-Altstadt/Nord im Bereich Eigelstein/Weidengasse
Arbeitstitel: Werbesatzung Eigelstein/Weidengasse
3087/2010

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

6.3 Freigabe von Planungsmitteln für einen Wettbewerb zur barrierefreien Anbindung der Südbrücke
Teilfinanzplan 1202 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV
3379/2010

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

8.1 Städtebauliches Planungskonzept (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: Ohmstraße in Köln-Porz
Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung
1240/2010

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

10.1 1. Beschluss über die Ablehnung des Antrages auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
2. Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Südlich Helmholtzplatz in Köln-Ehrenfeld
1333/2010

10.2 Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes in Köln-Flittard, Pützlachstraße
4000/2010

- 10.3 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Neusser Straße/Siegmundstraße in Köln-Mauenheim
4074/2010
- 10.4 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: "KITA Rondorfer Straße 5" in Köln-Marienburg
4081/2010
- 10.5 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: "Zentrum Buchheim" in Köln-Buchheim
4125/2010
- 10.6 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: "Bezirkszentrum Wiener Platz/Frankfurter Straße" in Köln-Mülheim
4127/2010
- 10.7 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: "Stadtteilzentrum Berliner Straße" in Köln-Mülheim
4131/2010
- 10.8 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: "Stadtteilzentrum Buchheimer Straße" in Köln-Mülheim
4141/2010
- 10.9 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: "Zentrum Buchforst" in Köln-Buchforst
4142/2010
- 10.10 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: "Stegerwaldsiedlung" in Köln-Mülheim
4143/2010
- 10.11 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 77372/02
Arbeitstitel: Magazinstraße in Köln-Porz-Wahnheide
4238/2010
- 10.12 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Raderberger Straße 154 - 160 in Köln-Raderberg
4147/2010

11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren

12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen

- 12.1 Beschluss über die Einleitung und Offenlage betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 68409/06
Arbeitstitel: Robert-Heuser-Straße in Köln-Marienburg, 2. Änderung
4151/2010

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

- 13.1 Beschluss über die Offenlage betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 66452/16
Arbeitstitel: 1. Änderung Aufstockung Richmodstraße in Köln-Altstadt/Nord
2052/2010
- 13.2 Beschluss über die Einleitung und Offenlage betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: "1. Änderung Westlich Schillingsrotter Weg" in Köln-Marienburg
3361/2010

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

15 Sonstige Satzungen

- 15.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Kalk
Arbeitstitel: Kalker Hauptstraße in Köln-Kalk
3527/2010

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

17 Mitteilungen

- 17.1 Mülheim 2020 - Ausschluss von Vergnügungsstätten im Programmgebiet
4090/2010
- 17.2 Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen des Bundes
4294/2010

- 17.3 Erteilung einer Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes
67440/07
Arbeitstitel: Altes Polizeipräsidium in Köln-Altstadt/Süd
4357/2010
- 17.4 Entwicklung des rechtsrheinischen Kernraums;
hier: Veranstaltungsreihe Symposium/Workshop/Ausstellung und Publikation
4421/2010
- 18 Mündliche Anfragen**
- 19 Gleichstellungsrelevante Themen**

II. Nichtöffentlicher Teil

- 20 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen**
- 21 Schriftliche Anfragen**
- 22 Anträge**
- 23 Stadtplanung - Projekte**
- 24 Gestaltungsbeirat**
 - 24.1 Niederschrift des Gestaltungsbeirates vom 20.09.2010
4242/2010
- 25 Sonstige Vorlagen**
- 26 Mitteilungen**
- 27 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

2 Schriftliche Anfragen

2.1 Städtebauförderung des Bundes AN/2011/2010

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor und wird nachgereicht.

2.2 Stand Mülheim 2020 AN/2014/2010

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor und wird nachgereicht.

SE Weisenstein berichtet, zum gleichen Themenkomplex gebe es eine Anfrage zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses. Er möchte daher wissen, ob die hier in Rede stehende Antwort zur Sitzung des Hauptausschusses mit beantwortet werden könne.

Herr Stüttem (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) sagt eine Klärung zu.

3 Anträge

3.1 Antrag der Fraktion pro Köln vom 21.10.2010 Vertiefte Bürgerbeteiligung für das so genannte Helios-Gelände in Köln-Ehrenfeld AN/1904/2010

RM Uckermann begründet ausführlich den Antrag.

Beigeordneter Streitberger zeigt sich erstaunt über den eingebrachten Antrag. Schließlich habe die Bezirksvertretung Ehrenfeld in ihrer Sitzung am 04.10.2010 bereits einen entsprechenden Beschluss gefasst. Die darauf basierende Verwaltungsvorlage werde zur nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses eingebracht.

RM Moritz findet es beschämend, einen Antrag einzubringen der bereits von anderen gestellt worden sei.

Vorsitzender Klipper schließt sich der Aussage seiner Vorrednerin an. Der Antragstext sei schlichtweg abgeschrieben. Er plädiere daher an die Fraktion pro Köln, ihren Antrag zurückzuziehen.

RM Uckermann wehrt sich entschieden gegen diesen Vorwurf. Der Antrag sei aufgrund der geführten Diskussion in der Bezirksvertretung eingebracht worden. Intension sei, der Thematik insgesamt mehr Gewicht zu verleihen und insbesondere eine Bürgerbeteiligung nach Modell 3 durchzusetzen.

Vorsitzender Klipper stellt den Antrag zur Abstimmung:

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Bauplanungsverfahren (ggf. städtebaulicher Planungswettbewerb oder B-Plan-Verfahren) des so genannten Helios-Geländes in Köln-Ehrenfeld eine Bürgerbeteiligung nach dem Modell 3 durchzuführen. Die Ausgestaltung soll wie folgt stattfinden:

- 1.) Die Bürgerbeteiligung soll durch einen externen Moderator (Mediator) in einer Auftaktveranstaltung, mindestens sechs, für den Bürger offenen, Workshops zu einzelnen Themenfeldern wie z.B. Verkehr, Einzelhandel, Stadtbild usw. und einer Abschlussveranstaltung durchgeführt werden.
- 2.) Die Bürgerbeteiligung soll mit dem größtmöglichen Wirkungsgrad beworben werden, d.h. neben einer Einladung durch die Medien, beispielsweise auch durch Flugblätter.
- 3.) Der Abschlussbericht ist den zuständigen Gremien vom Moderator vorzulegen.
- 4.) Die Verwaltung soll dem Stadtentwicklungsausschuss Vorschläge machen, in welcher Form die Einrichtung eines projektbegleitenden Beirates sinnvoll ist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt gegen die Fraktion pro Köln.

4 Stadtplanung - Projekte

4.1 Regionale 2010

Aufgrund der jüngsten Presseberichterstattungen nimmt Beigeordneter Streitberger zum aktuellen Sachstand über die Arbeiten am Rheinboulevard Stellung. Erfreulicherweise könne er berichten, dass es den Stadtentwässerungsbetrieben durch eine kleinere Umplanung mittlerweile gelungen sei, die Problematik zwischen den historischen Funden und dem notwendigen Hochwasserschutz zu entschärfen. So könne beispielsweise der kürzlich entdeckte historische Fund durch ein Planänderungsverfahren aller Voraussicht nach gesichert werden. Die überarbeitete Planung für den Rheinboulevard erwarte er in circa drei Wochen. Die Planänderung werde auch von der Regionale 2010 begrüßt, allerdings sei die Frage der Übernahme der daraus resultierenden Mehrkosten noch offen. Klar sei zudem auch, dass die Ereignisse eine Verzögerung des Projekts zur Folge hätten.

Vorsitzender Klipper beklagt die zeitverzögerte Informationsabgabe in die politischen Gremien. Er bittet darum, ein Verfahren zu überlegen, wie künftig sichergestellt werden könne, dass diese vor einer Zeitungsberichterstattung in Kenntnis gesetzt werden könnten.

SE Götz bittet, zur nächsten Sitzung einen Sachstandsbericht über das Regionaleprojekt „Butzweiler Hof“ vorzubereiten.

Herr Stüttem (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) sagt dies zu.

4.2 Umsetzung Masterplan

Beigeordneter Streitberger berichtet, der Bereich habe inzwischen die wiederholt angekündigte personelle Verstärkung erhalten.

5 Allgemeine Vorlagen

5.1 Jahresbericht 2009 4172/2010

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

5.2 Programm MÜLHEIM 2020, Flaniermeile Frankfurter Straße Beschluss über die Freigabe von Kassenmitteln in Höhe von 131.251,12 EUR 4120/2010

Vorsitzender Klipper ruft diesen Tagesordnungspunkt in Sachzusammenhang mit TOP 5.3 –„Programm MÜLHEIM 2020, Gestaltung der Berliner Straße“- auf.

SE Götz findet, dass die zu Recht gestellten Nachfragen des Rechnungsprüfungsamtes eigentlich nicht beantwortet worden seien. Insbesondere die Fragen zur konkreten Verwendung der Geldmittel würden in beiden Verwaltungsvorlagen nur allgemein und unzureichend thematisiert.

Herr Stüttem (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) erläutert, die Anlage 1 beziehe sich ausschließlich auf die generelle Bedarfsprüfung. Die Frage des „Wie“ könne erst danach und nach Inauftraggabe konkreter Planungen beantwortet werden. Derzeit lägen hierzu lediglich grobe Skizzen vor. Diese müssten im nächsten Schritt qualifiziert werden. Erst auf dieser Grundlage könnten dann auch die Fördergelder beantragt werden.

Vorsitzender Klipper möchte dennoch wissen, was konkrete Planabsicht sei. Aus den Vorlagen müsse zumindest die Zielsetzung hervorgehen.

Herr Stüttem berichtet, der Rat habe am 05.05.10 ein integriertes Handlungskonzept beschlossen. Hierin seien auch die Ziele definiert.

SE Weisenstein fragt nach, ob die hier in Rede stehenden Maßnahmen mit dem aktuellen Konzept zur Zentrenentwicklung abgestimmt seien.

Beigeordneter Streitberger bejaht dies.

RM Zimmermann kritisiert die vorliegende Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes, da diese seines Erachtens nicht eindeutig und präzise sei. Sofern keine Aus-

sage dazu getroffen werde, ob eine Maßnahme von dort befürwortet oder abgelehnt werde, sei sie bei der Meinungsbildung in den politischen Gremien nahezu wertlos.

Vorsitzender Klipper stellt die Verwaltungsvorlagen nacheinander zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt für die Vergabe der Planung die Freigabe von Kassenmitteln in Höhe von 78.000,00 Euro im Haushaltsjahr 2010 und von 53.251,12 Euro im Haushaltsjahr 2011 im Teilfinanzplan 0902 (Stadtentwicklung) bei Finanzstelle 1502-0902-9-5530 - (Mülheim 2020 – Flaniermeile Frankfurter Straße), Auszahlungen für Baumaßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**5.3 Programm MÜLHEIM 2020, Gestaltung Berliner Straße als Geschäftsstraße,
Hier: Beschluss über die Freigabe von Kassenmitteln in Höhe von
59.153,34 EUR
4145/2010**

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt für die Vergabe der Planung die Freigabe von Kassenmitteln in Höhe von 59.153,34 Euro in 2010 im Teilfinanzplan 0902 (Stadtentwicklung) bei Finanzstelle 1502-0902-9- 5540 - (MÜLHEIM 2020 – Berliner Straße), Auszahlungen für Baumaßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6 Beteiligung an stadtentwicklungsrelevanten Beschlussvorlagen

**6.1 Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft
1346/2010**

RM Moritz zeigt sich enttäuscht von dem Konzept, da dieses ihrer Ansicht nach zu grob und allgemein formuliert sei. Auch die Schlagwörter wie „Nutzungsmischung“ oder „Soziale Mischung“ seien nicht neu, sondern seit langer Zeit Beratungsgegenstand in den politischen Gremien. Ferner sei sie kritisch gegenüber den Vorschlägen zum Wohnungsversorgungsbetrieb. Wirklich brisante und wichtige Thematiken, wie beispielsweise die Situation in der Kolbstraße oder der Weidengasse fehlten gänzlich. Auch zum Thema „Wohnen“ in der Rubrik „Maßnahmen“ sei nichts aufgeführt. Aus diesen Gründen schlage sie vor, in diesem Ausschuss erst konkrete Maßnahmen zu

erarbeiten. Sie könne sich beispielsweise ein Pilotprojekt, ähnlich des der Stadt Arnheim, vorstellen. Dieses habe zum Inhalt gehabt, gemeinsam mit den Bewohnern spezielle, bedarfsgerechte Wohnungszuschnitte für Migranten zu ermitteln.

SE Götz schließt sich den Ausführungen seiner Vorrednerin an. Zweifellos handele es sich um eine Querschnittsaufgabe, die alle Ausschüsse betreffe, doch wenn keine konkreten Handlungsempfehlungen formuliert würden, sei diese Vorlage wenig konstruktiv. Integration sei vielmehr ein Prozess und deshalb ständige Aufgabe für jeden Ausschuss. Die CDU-Fraktion schließe sich daher dem Alternativvorschlag der Verwaltung an.

RM Uckermann erläutert die Historie zu dieser Vorlage. Er stimme den Analysen seiner Vorredner zu und freue sich über die kritischen Aussagen. Der Begriff Integration bedeute für ihn Anpassung. Sätze in dem Konzept, wie „Köln muss sich zu einer Multiethnischen Stadt weiterentwickeln“ könne er nicht nachvollziehen. Dies habe seines Wissens nach noch nie funktioniert. Auch lehne er spezielle Wohnungszuschnitte für Migranten im Öffentlich geförderten Wohnungsbau strikt ab.

RM Moritz appelliert an die CDU-Fraktion, nicht der Alternative zu folgen. Eine Nichtzustimmung würde ihrer Ansicht nach eine unerwünschte mangelnde Wertschätzung des Konzeptes insgesamt zum Ausdruck bringen. Stattdessen schlägt sie vor, das Konzept zur Kenntnis zu nehmen und die Wertschätzung für die überwiegend ehrenamtliche Arbeit ausdrücklich zu betonen. Ferner solle angekündigt werden, bei Umsetzung des Maßnahmenkataloges eine intensive Mitarbeit durch den Stadtentwicklungsausschuss zuzusichern.

RM Uckermann beantragt eine Abstimmung über eine ablehnende Kenntnisnahme.

Vorsitzender Klipper erklärt, eine „ablehnende Kenntnisnahme“ gebe es nicht. Stattdessen greife er den Vorschlag von Frau Moritz auf und stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss kündigt eine intensive Mitarbeit bei der Umsetzung konkreter Maßnahmen an und empfiehlt dem Rat im Übrigen wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt das „Konzept zur Stärkung der integrativen Stadtgesellschaft“ zur Kenntnis und drückt ausdrücklich die Wertschätzung für die geleistete Arbeit aus.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktion pro Köln.

**6.2 Satzung über Anbringungsort, Abmessungen und Ausgestaltung von Werbeanlagen für einen Teil der Ortslage Köln-Altstadt/Nord im Bereich Eigelstein/Weidengasse
Arbeitstitel: Werbesatzung Eigelstein/Weidengasse
3087/2010**

Die Vorlage wurde zurückgestellt.

6.3 Freigabe von Planungsmitteln für einen Wettbewerb zur barrierefreien Anbindung der Südbrücke Teilfinanzplan 1202 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV 3379/2010

RM Sterck betrachtet die Stellungnahme der Verwaltung (Anlage 11) in Bezug auf die Forderung der Bezirksvertretung, sie mehr in das Verfahren einzubinden, als zu lapidar. Er wünsche sich hier einen konkreten Vorschlag der Verwaltung, wie sie gedenkt, das Preisgericht zu besetzen.

Beigeordneter Streitberger erläutert, der Stadtentwicklungsausschuss werde vor Ausführung des Wettbewerbes beteiligt. Bis dahin stehe auch die Besetzung des Preisgerichtes fest. Üblicherweise seien hierin auch die Vertreter der Fraktionen beteiligt. Diese könnten dann entscheiden, inwieweit sie Vertreter aus den drei betroffenen Bezirksvertretungen entsenden wollen. Er warne aber davor, die Anzahl der stimmberechtigten Mitglieder aus den Bezirksvertretungen unendlich auszuweiten, da Erfahrungen aus der Vergangenheit gezeigt hätten, dass Einigungen dann schwerlich erzielt werden könnten. Vielmehr habe sich bewährt, diese als sachkundige Mitglieder des Preisgerichtes einzubeziehen.

RM Sterck gibt Herrn Streitberger Recht. Als Beispiel nenne er hier das Verfahren zum Projekt „Wohnen am Strom“. Daher plädiere er dafür, lediglich die Bezirksbürgermeister der entsprechenden Bezirke einzubinden.

SE Frenzel berichtet über die Zustände der Treppenaufgänge an der östlichen Seite, welche sich im Industriegebiet befänden. Diese seien katastrophal und er wolle sich erst gar nicht vorstellen, wie eine mögliche Aufzugsanlage nach einiger Zeit aussehen werde. Auch aus der Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes gehe hervor, dass eine Aufzugsanlage angesichts der derzeitigen Haushaltslage kaum realisierbar sei.

RM Moritz erinnert daran, dass bei Generalinstandsetzungen oder Neubaumaßnahmen eine Barrierefreiheit zwingend gewährleistet werden müsse. In dieser Frage gebe es keine Wahlmöglichkeit. Selbstverständlich sehe auch sie die Schwierigkeit einer städtebaulich ästhetischen Umsetzung, insbesondere im Bereich der Zugänge im Friedenspark. Insofern begrüße sie den Vorschlag der Verwaltung, die weiteren Planungen einem Wettbewerb zu unterziehen.

Vorsitzender Klipper macht seitens der CDU-Fraktion ebenfalls Bedenken hinsichtlich der Rampenbauwerke im Friedenspark geltend. Ferner sei dies eine Wegstrecke, die von der Bevölkerung kaum genutzt werde.

Beigeordneter Streitberger weist darauf hin, dass Grundlage dieser Maßnahmen ein Ratsbeschluss sei. Die Machbarkeitsstudie habe gezeigt, dass eine barrierefreie Umsetzung grundsätzlich möglich sei. Alles Weitere werde der Wettbewerb zeigen. Es müsse zumindest ein Versuch unternommen werden, diesen Ratsbeschluss umzusetzen.

Seniorenvertreter H. Baatz berichtet aus der Fachkonferenz der Seniorenvertretung vom 03.11.2010, in welcher u.a. auch die barrierefreie Anbindung der Südbrücke thematisiert worden sei. Nach Ansicht der SVK sei eine barrierefreie Rampe mit 6% Steigung und einer Länge von ca. 150 m für behinderte Senioren eine unüberwindbare Hürde. Außerdem stelle die Rodenkirchener Autobahnbrücke für die sportlichen Senioren eine gute Alternative dar. Behinderte Senioren könnten das linksrheinische Ufer mit der Straßenbahn erreichen (Linie 7 oder 9). Aus diesem Grund sei von der SVK der Bau dieser kostspieligen Rampe mehrheitlich abgelehnt worden. Bezüglich einer

möglichen Aufzugsanlage sei die Verwaltung in der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 04.11.10 um Prüfung gebeten worden, ob diese Anlage mit einem speziellen Schlüssel für behinderte Nutzer versehen werden könnte (analog der Behinderten WC-Anlagen auf Autobahnraststätten). Allerdings habe er in einem Artikel des Stadtanzeigers vom 26.10.2010 lesen müssen, dass für die Verwaltung eine Aufzugsanlage nie eine Option gewesen sei. Daraus schließe er, dass auch keine Kostenschätzung vorgenommen worden sei. Da er selbst Fachkenntnisse auf diesem Gebiet besitze, habe er eine namhafte Fachfirma, die zudem über die hiesigen Ortskenntnisse verfüge, zu einer Kostenschätzung veranlasst. Dabei habe sich herausgestellt, dass mit der Hälfte der Kosten für den Bau einer Rampe zwei Aufzüge (links/rechtsrheinisch) finanziert werden könnten. Ferner müsse bedacht werden, dass der von der Verwaltung befürchtete Vandalismus von Aufzugsanlagen auch auf die Rampenanlage zutrefe. Es sei zu erwarten, dass das Bauwerk bevorzugt von Skatern u.ä. genutzt werde. Die Seniorenvertretung schlägt deshalb vor, dass die für die barrierefreien Rampen vorgesehenen Haushaltsmittel, besser für die Abarbeitung der Prioritätenliste für barrierefreie Anträge auf dem gesamten Stadtgebiet verwendet werden sollen. Im Übrigen fehle ohnehin eine Zählung, wie viele behinderte Menschen die Südbrücke überhaupt in Anspruch nehmen würden.

Vorsitzender Klipper dankt Herrn Baatz ausdrücklich für seine objektive Darstellung und dem Bewusstsein, Geldmittel zielorientiert und bewusst verwenden zu wollen.

SE Gülsen spricht sich für die Verwaltungsvorlage aus. Barrierefreiheit sei nicht ausschließlich für behinderte Menschen eine Notwendigkeit, sondern auch beispielsweise für Radfahrer oder Eltern mit Kinderwagen.

Vorsitzender Klipper stellt die Verwaltungsvorlage zur Abstimmung:

Der Stadtentwicklungsausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat ist mit dem Vorschlag zur Durchführung eines städtebaulich-konstruktiven Planungswettbewerbes mit 7 qualifizierten und erfahrenen Büros (Mehrfachbeauftragung) einverstanden, stellt den Bedarf fest und beauftragt die Verwaltung, den Planungswettbewerb durchzuführen und das Ergebnis dem Rat zur Entscheidung vorzulegen. Der Preisträger des Wettbewerbes soll mit der Planung der barrierefreien Rampen beauftragt werden.

Weiterhin beschließt der Rat vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für Planungsmittel in Höhe von 125.000,00 EUR bei der Finanzstelle 6901-1202-2-0300, behindertengerechte Rampen Südbrücke, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2010. Die den Ansatz übersteigenden Mittel in Höhe von 25.000,00 EUR werden im Rahmen der echten Deckungsfähigkeit innerhalb des Teilfinanzplanes 1202 - Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV, Teilplanzeile 8 - Auszahlungen für Baumaßnahmen - bereitgestellt. Die Deckung der Sollverlagerung erfolgt durch Wenigerauszahlungen bei Finanzstelle 6901-1202-1-0200 – Brücke Auenweg - in gleicher Höhe.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7 Änderungen des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

8 Städtebauliche Planungskonzepte / Beschlüsse zur Durchführung von frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

8.1 Städtebauliches Planungskonzept (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Arbeitstitel: Ohmstraße in Köln-Porz Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung 1240/2010

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt.

9 Städtebauliche Planungskonzepte / Stellungnahme der Bezirksvertretungen zu den Ergebnissen der vorgezogenen Bürgerbeteiligungen/frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen, Entscheidungen über die Vorgaben zu den Bebauungsplan-Entwürfen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

10 Einleitung/Aufstellung/Offenlage von Bebauungsplänen bzw. Bebauungsplan-Entwürfen, ggf. mit Beschluss zur Durchführung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligungen

10.1 1. Beschluss über die Ablehnung des Antrages auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) 2. Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes Arbeitstitel: Südlich Helmholtzplatz in Köln-Ehrenfeld 1333/2010

Vorsitzender Klipper fragt an ob die Möglichkeit bestehe, nur die unteren drei Punkthäuser zu realisieren.

Beigeordneter Streitberger erläutert, hier handele es sich um den klassischen Konfliktfall zwischen Wohnungsbau und Industrie. Daher halte er den Verwaltungsvorschlag für richtig, keine weitere Wohnbebauung zuzulassen um die Situation nicht noch mehr zu verschärfen.

RM Uckermann ist der Ansicht, eine Weiterführung der Blockrandbebauung sei sinnvoll und verträglich zu der schon bestehenden Wohnbebauung. Insofern werde seine Fraktion der Vorlage nicht zustimmen.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt,

1. nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) den Antrag des Vorhabenträgers auf Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan) für das Gebiet südlich des Helmholtzplatzes (Flurstück 621, Flur 74,

Gemarkung Müngerdorf), Hospeltstraße 61 - 69 und Vogelsanger Straße 288 - 280 in Köln-Ehrenfeld – mit dem Ziel, Wohnen festzusetzen abzulehnen;

2. nach § 2 Absatz 1 BauGB einen Bebauungsplan für das Gebiet zwischen Hospeltstraße, Helmholtzstraße und Vogelsanger Straße in Köln-Ehrenfeld – Arbeitstitel: Südlich Helmholtzplatz in Köln-Ehrenfeld– aufzustellen mit dem Ziel, den durch Wohnen und Gewerbe geprägten Bereich zu sichern und zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die Fraktion pro Köln.

**10.2 Antrag auf Aufstellung eines Bebauungsplanes in Köln-Flittard, Pütz-
lachstraße
4000/2010**

RM Zimmermann bittet darum, zur Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim genau darzustellen, wo der Siedlungsrand sei und auf welchen Flächen gebaut werden dürfe. Dann sei sichergestellt, dass nach einheitlichen und gerechten Maßstäben verfahren werde.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Mülheim.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Neusser Straße/Siegmundstraße in Köln-Mauenheim
4074/2010**

SE Weisenstein fragt an, ob die dort ansässige Tankstelle ebenfalls zur Disposition stehe. Falls ja, so würde dies einen städtebaulichen Gewinn bedeuten. Es habe in der Vergangenheit schon mehrere Pächterwechsel gegeben und in Anbetracht der näheren Konkurrenz bezweifle er die dauerhafte Wirtschaftlichkeit.

Herr von Wolff (Stadtplanungsamt) erläutert, Anlass dieser Vorlage sei die Veränderungsabsicht des dortigen Autohauses. Die Verwaltung wolle verhindern, dass es bei der derzeitigen städtebaulichen Lösung, nämlich einer eingeschossigen Lückenbauweise, bleibe. Die Tankstelle sei hiervon nicht berührt. Diese genieße Bestandsschutz. Im Übrigen handele es sich um eine Angebotsplanung.

RM Sterck erinnert an eine ähnliche Problematik am Melatengürtel. Auch dort habe man mit bestimmten Vorgaben die Ansiedlung einer Waschstraße verhindern wollen. Insofern bitte er um Aufzeigung von planungsrechtlichen Möglichkeiten, wie verhindert werden könne, dass sich im vorliegenden Fall beispielsweise ein Supermarkt niederlasse.

Herr von Wolff stellt klar, dass sich ein Supermarkt selbstverständlich im erdgeschossigen Bereich ansiedeln könne. Es gehe vielmehr darum, eine viergeschossige Randbebauung sicherzustellen.

Beigeordneter Streitberger fügt hinzu, dass es schwierig sei ein Gewerbe zu verhindern, welches –wie im Falle der Waschanlage am Melatengürtel geschehen- sozusagen eine viergeschossige „Lufthülle“ über seinen Betrieb errichte.

RM Moritz findet es richtig, rechtzeitig und aktiv zu reagieren um potentiellen Investoren aufzuzeigen, was städtebaulich gewollt sei.

Vorsitzender Klipper stellt den Verweisungsbeschluss zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Nippes.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.4 Beschluss über die Einleitung eines Bebauungsplanverfahrens (vorhabenbezogener Bebauungsplan)

**Arbeitstitel: "KITA Rondorfer Straße 5" in Köln-Marienburg
4081/2010**

Vorsitzender Klipper hält den Standort der Kindertagesstätte, insbesondere aus verkehrlichen Gründen, für ungünstig. Er befürchte, dass bei diesem Projekt die Interessen des Investors im Vordergrund stehen.

Beigeordneter Streitberger erläutert, es handele sich um den Eigentümer eines Baudenkmals, welches bereits seit drei Jahren leer stehe. Zuvor sei die Immobilie mehrere Jahrzehnte an einen Verlag vermietet worden. Nunmehr stehe der Eigentümer vor dem Problem, eine solch schwierige Immobilie einer adäquaten Nachnutzung zuzuführen. Er halte dieses Interesse für völlig legitim.

RM Moritz begrüßt die Verwaltungsvorlage. Sie wundere sich allerdings, dass in reinen Wohngebieten Kindertagesstätten grundsätzlich ausgeschlossen seien. Dies sei Realitätsfremd. Die angesprochene Verkehrsbelastung halte sie im Hinblick auf die geringe Dichte der Wohnbebauung für absolut zumutbar.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Rodenkirchen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.5 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: "Zentrum Buchheim" in Köln-Buchheim
4125/2010

Vorsitzender Klipper ruft den Tagespunkt in Sachzusammenhang mit den nachfolgenden Vorlagen bis TOP 10.10 auf.

RM Sterck betont die Position der FDP-Fraktion, dass diese die „Masse“ an sogenannten „Spielhallenverhinderungsvorlagen“ nach wie vor für unangemessen und überzogen halte. Daher werde er diesen Vorlagen nicht zustimmen.

Vorsitzender Klipper erinnert daran, im Stadtentwicklungsausschuss habe Konsens bestanden, Vorlagen über die Aufstellung von Bebauungsplänen erst dann einzubringen, wenn eine konkrete Planabsicht dahinter stehe. Nun aber würden prophylaktische Beschlüsse gefasst. In Anbetracht der knappen Personalressourcen innerhalb der Verwaltung und der vorgenannten Vereinbarung halte er dieses Vorgehen für nicht legitim.

RM Zimmermann findet es richtig, im Vorfeld bestimmte Fehlentwicklungen zu verhindern. Am Beispiel der Frankfurter Straße habe sich gezeigt, wie negativ sich dieser Ort entwickelt habe. Die Verwaltungsvorlagen seien daher insbesondere im Hinblick auf das Projekt Mülheim 2020 dringend notwendig, wenn nicht gar überfällig. Im Sinne einer positiven Entwicklung des Stadtbezirkes und der Sicherung des Einzelhandels begrüße er die Verwaltungsvorlagen außerordentlich und könne die vorgebrachte Kritik nicht nachvollziehen.

Vorsitzender Klipper stellt klar, auch er lehne weitere Spielhallen in dem Gebiet ab. Seine Kritik zielen lediglich auf den Verwaltungsaufwand ab, denn soviel er wisse, lägen keine Anträge für die Genehmigung von Spielhallenbetrieben in dem in Rede stehenden Bereich vor.

Frau Müssigmann (Stadtplanungsamt) erläutert, zurzeit liege ein Antrag für einen solchen Betrieb in einem Gebäude im Bereich des Wiener Platzes/Frankfurter Straße vor. Darüber hinaus stelle die Mitteilung unter TOP 17.1 die Situation im Stadtbezirk anschaulich dar. Die Anzahl der Spielhallen habe sich in dem Bereich seit dem Jahr 2006 nahezu verdoppelt. Diese Tatsache sowie das deutliche Votum aus dem Veedelsbeirat zum Programm Mülheim 2020 habe die Verwaltung veranlasst, entsprechende Gegenmaßnahmen zu initiieren.

RM Sterck betrachtet die stattgefundene Entwicklung ebenfalls für bedauerlich. Ihm gehe es doch lediglich darum, dass derartige Aufstellungsbeschlüsse erst im konkreten Fall aufgestellt werden sollten. Bei der Vielzahl der Stadtbezirke warne er davor, solche Maßnahmen alleine aufgrund des Wunsches einer Bezirksvertretung oder, wie im vorliegenden Fall, des Veedelsbeirates zu veranlassen. Der Planungsaufwand würde unüberschaubar.

RM Zimmermann wendet ein, hier handele es sich um eine besondere Situation, nämlich die Umsetzung des Programms Mülheim 2020. Hierfür seien diese Aufstellungsbeschlüsse unabdingbar. Der Markt alleine regule diese absehbare Fehlentwicklung nicht. Richtig sei jedoch, dass dies nicht pauschal für alle Stadtbezirke gelten könne.

RM Sterck wendet ein, zur letzten Sitzung seien analoge Beschlüsse für den Bezirk Rath-Heumar gefasst worden. Der immer wieder zitierte „trading-down-effect“ sei für ihn dort nicht erkennbar. Und dies sei nur ein Beispiel von vielen.

Beigeordneter Streitberger kann beide Positionen der Vorredner nachvollziehen. Tatsächlich sei es aber so, dass sich die Verwaltung in jüngster Zeit von einer neuen Welle von derartigen Anträgen konfrontiert sehe. Richtig sei aber auch, dass Spielhallenbetriebe nicht pauschal aus allen Stadtbezirken herausgehalten werden könnten. Hier müsse im Einzelfall sorgsam abgewogen werden.

RM Moritz erachtet es als außerordentlich erfreulich, dass sich die Verwaltung verstärkt für den Erhalt der Bezirkszentren einsetze und Vorlagen dieser Art einbringe. In der Vergangenheit habe man viel zu häufig die Abwertung diverser Einkaufsstraßen durch die Ansiedlung von Spielhallenbetrieben beobachten müssen.

Vorsitzender Klipper stellt die Vorlagen zu TOP 10.5 bis 10.10 nacheinander zur Abstimmung:

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Mülheim.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU- und die FDP Fraktion.

**10.6 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: "Bezirkszentrum Wiener Platz/Frankfurter Straße" in Köln-Mülheim
4127/2010**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Mülheim.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP Fraktion.

**10.7 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: "Stadtteilzentrum Berliner Straße" in Köln-Mülheim
4131/2010**

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Mülheim.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU- und die FDP Fraktion.

10.8 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: "Stadtteilzentrum Buchheimer Straße" in Köln-Mülheim
4141/2010

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Mülheim.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU- und die FDP Fraktion.

10.9 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: "Zentrum Buchforst" in Köln-Buchforst
4142/2010

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Mülheim.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU- und die FDP Fraktion.

10.10 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: "Stegerwaldsiedlung" in Köln-Mülheim
4143/2010

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Mülheim.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die CDU- und die FDP Fraktion.

10.11 Beschluss über die Offenlage des Bebauungsplan-Entwurfes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 77372/02
Arbeitstitel: Magazinstraße in Köln-Porz-Wahnheide
4238/2010

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Porz.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.12 Beschluss über die Aufstellung eines Bebauungsplanes
Arbeitstitel: Raderberger Straße 154 - 160 in Köln-Raderberg
4147/2010

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Rodenkirchen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Aufhebung von Aufstellungsbeschlüssen sowie Einstellung von Bebauungsplan-Verfahren

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

12 Beschlüsse über Anregungen/Stellungnahmen, Änderungen sowie Satzungsbeschlüsse von Bebauungsplan-Entwürfen

12.1 Beschluss über die Einleitung und Offenlage betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes 68409/06
Arbeitstitel: Robert-Heuser-Straße in Köln-Marienburg, 2. Änderung
4151/2010

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist die Vorlage zur Anhörung in die Bezirksvertretung Rodenkirchen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

13 Änderungen/Ergänzungen von Bebauungsplänen

13.1 Beschluss über die Offenlage betreffend die 1. Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 66452/16
Arbeitstitel: 1. Änderung Aufstockung Richmodstraße in Köln-Altstadt/Nord
2052/2010

Beschluss:

"Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt, das Verfahren zur Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 66452/16 für die Flurstücke 764 und 806, Flur 18, Gemarkung Köln, (Richmodstraße 31) in Köln-Altstadt/Nord
—Arbeitstitel: 1. Änderung Aufstockung Richmodstraße in Köln-Altstadt/Nord—

einzustellen und den diesbezüglichen Einleitungsbeschluss nach § 12 Absatz 2 Baugesetzbuch (BauGB) vom 18.03.2010 aufzuheben."

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**13.2 Beschluss über die Einleitung und Offenlage betreffend die vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Arbeitstitel: "1. Änderung Westlich Schillingsrotter Weg" in Köln-Marienburg
3361/2010**

Die Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung zurückgestellt

14 Aufhebung von Bebauungsplänen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

15 Sonstige Satzungen

**15.1 Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Kalk
Arbeitstitel: Kalker Hauptstraße in Köln-Kalk
3527/2010**

Der Stadtentwicklungsausschuss verzichtet auf Wiedervorlage, falls die Bezirksvertretung Kalk ohne Einschränkung zustimmt und empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat beschließt die Satzung über eine Veränderungssperre für einen Teilbereich der Ortslage in Köln-Kalk –Arbeitstitel: Kalker Hauptstraße in Köln-Kalk– für das Bezirkszentrum Kalk westlich und nördlich des Flurstücks 240 (Köln-Arkaden), östlich und nördlich der Peter-Stühlen-Straße, östlich der Vietorstraße, nördlich der Engel- und Johann-Classen-Straße, westlich der Kasernenstraße bis zur Kreuzung Thumbstraße, nördlich und in Verlängerung östlich des Flurstücks 439 bis südlich Kalker Hauptstraße, westlich des Flurstücks 188, südlich des Flurstücks 252 bis westlich Zechenstraße und nördlich Martin-Köllen-Straße, östlich Kapellenstraße bis Flurstück 104, nördlich Kantstraße bis Hohlwegstraße nördlich der Flurstücke 122 und 56/1 bis circa 190 m entlang östlich der Neuerburgstraße, südlich Sieversstraße, östlich des Flurstücks 291, südlich des Flurstücks 276, östlich des Flurstück 275, südlich Sieversstraße bis zur Grenze des Flurstücks 267, 33 m in südlicher Richtung des Flurstücks 267 entlang des Gebäudes bis nördlich des Flurstücks 289, östlich des Flurstücks 250, westlich Rolshover Straße, südlich der Flurstücke 203, 408/4, 405/4, 192/20, bis südlich Flurstück 127/20, westlich Robertstraße bis nördlich Dillenburger Straße südlich Flurstück 202/20, westlich der Flurstücke 202/20, 203/20; 158/20, 176/20 ff. bis südlich Grünebergstraße und Flurstück 106 quer bis zur Kalker Hauptstraße in der zu diesem Beschluss als Anlage beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt gegen die FDP-Fraktion.

16 Anträge und Vorschläge aus den Bezirksvertretungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

17 Mitteilungen

17.1 Mülheim 2020 - Ausschluss von Vergnügungsstätten im Programmgebiet 4090/2010

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

17.2 Lärmsanierung an bestehenden Schienenwegen des Bundes 4294/2010

SE Beste berichtet, die auf Seite 2 der Mitteilung genannten zum Abriss vorgesehenen Brückenbauwerke befänden sich seines Wissens nach derzeit im Zuge der Westumfahrung in der Prüfung, diese unter Schutz zu stellen. Falls dies nicht oder nicht für alle Brücken zutreffend sein sollte, so regt er an, zumindest den Gestaltungsbeirat einzubeziehen. Er bittet die Verwaltung um aktuelle Sachstandsmitteilung.

SE Götz erinnert an die unbefriedigende Situation des Zugangs zum Bahnhof an der Zülpicher Straße. Er fragt an, ob diese Problematik im Rahmen der anstehenden Maßnahmen mit aufgegriffen werde.

RM Moritz möchte wissen, warum die Brücken überhaupt erneuert werden sollen. Dies gehe aus der Vorlage nicht hervor.

Beigeordneter Streitberger berichtet, das Verfahren sei eigentlich bereits abgeschlossen gewesen. Nunmehr heiße es von Seiten der Deutschen Bahn, die besagten Brücken würden aus Altersgründen außen vor gelassen. Dies sei auch zuvor schon bekannt gewesen. Insofern sei auch er enttäuscht, dass der angekündigte Schallschutz nicht wie angekündigt umgesetzt werde. Bezüglich der Situation des Südbahnhofes könne er berichten, dass mit Unterstützung der Universität die Deutsche Bahn hier Verbesserungen in absehbarer Zukunft zugesagt habe.

Frau Dr. Kaymer (Amt für Denkmalschutz und Denkmalpflege) bestätigt, dass für die in Rede stehenden Brückenbauwerke derzeit ein Verfahren laufe, diese unter Schutz zu stellen. Die Deutsche Bahn sei hierüber in Kenntnis gesetzt worden.

RM Tull erinnert an eine Anfrage ihrer Fraktion von ca. 2 ½ Jahren zum Thema Südbahnhof. Die Antwort darauf habe gelautet, dass bereits 2009 der gewünschte Aufgang in Auftrag gegeben werde. Bis heute jedoch sei noch nichts geschehen. Auch auf ihre letzte Anfrage von August zur Sitzung des Verkehrsausschusses habe sie trotz mehrfacher Erinnerung noch keine Antwort erhalten. Und heute erfahre sie, dass erst jetzt neuerliche Überlegungen in dieser Hinsicht stattfänden. Dies alles empfinde sie als sehr befremdlich.

Beigeordneter Streitberger sagt eine Antwort zur nächsten Sitzung des Verkehrsausschusses zu.

**17.3 Erteilung einer Befreiung von den Festsetzungen des Bebauungsplanes 67440/07
Arbeitstitel: Altes Polizeipräsidium in Köln-Altstadt/Süd
4357/2010**

Vorsitzender Klipper hält den einzigen Zugang zur Tiefgarage wegen des dort ansässigen Supermarktes und der beiden Schulen sowie im Hinblick auf die zukünftigen Planungen für fehlplaziert. Außerdem sei er der Meinung, dass im vorliegenden Fall kein Rampenbauwerk erforderlich sei, weil die Höhenunterschiede anderweitig ausgeglichen werden könnten. Er bittet daher die Verwaltung, diesbezüglich in Verhandlung mit dem Bauträger zu treten.

Beigeordneter Streitberger räumt ein, dass es sich um ein schwieriges Projekt handle. Deshalb habe er auch von Anfang an gesagt, der Stadtentwicklungsausschuss müsse beteiligt werden. Tatsache sei jedoch, dass der rechtskräftige Bebauungsplan drei Tiefgaragenzufahrten zulasse. Eine an der Tel-Aviv-Straße, die den Supermarkt beschicke, eine am Blaubach und die dritte am Waidmarkt. Durch das Hotel am Blaubach sei der Stellplatzbedarf dort stark gesunken. Und da dort ursprünglich eine Parallelfahrt zur Tiefgarage vorgesehen war, begrüße er außerordentlich, dass diese Planung aufgegeben worden sei. Er erkläre sich aber bereit, mit dem Bauherrn in Verhandlung zu treten, ob eine senkrechte Zufahrt möglich wäre. Insgesamt werbe er jedoch für die vorliegende Planung, weil er der Ansicht sei, dass die durch das Verkehrsgutachten ermittelten zusätzlichen 100 Fahrten gut abgewickelt werden könnten.

RM Moritz wendet ein, auch sie glaube nicht, dass die Zufahrt zu verkehrlichen Problemen führen werde; allerdings sei diese im Hinblick auf die Verbindung zur Severinsstraße aus städtebaulicher Sicht abzulehnen. In diesem Bereich solle möglichst wenig Verkehr angesiedelt werden, um die Attraktivität dieser Flaniermeile sicherzustellen. Zudem erinnere sie daran, dass es ausdrücklich nicht gewollt gewesen sei, die Zufahrten in das Belieben des Bauherrn zu stellen. Sollte das Baurecht es ihm jedoch erlauben, so müsse das akzeptiert werden. Künftig möge die Verwaltung jedoch sicherstellen, entsprechende Vorgaben im Bebauungsplan festzusetzen.

RM Zimmermann begrüßt den Vorschlag des Beigeordneten Streitberger, erneut mit dem Bauherrn in Bezug auf eine Zufahrt am Blaubach in Verbindung zu treten. Er habe feststellen können, dass dies der überwiegenden Intension im Stadtentwicklungsausschuss entsprechen würde.

**17.4 Entwicklung des rechtsrheinischen Kernraums;
hier: Veranstaltungsreihe Symposium/Workshop/Ausstellung und Publikation
4421/2010**

Der Stadtentwicklungsausschuss nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

18 Mündliche Anfragen

18.1 – Anfrage des SE Weisenstein zum Zentrenkonzept

SE Weisenstein ist der Auffassung, die vorgesehene Beratungsfolge sei zeitlich zu eng bemessen. Schließlich sei die Thematik in einem hohen öffentlichen Interesse und so stelle er sich die Frage, wie die Verwaltung gedenke, die Öffentlichkeit in Anbetracht des kurzen Zeitraumes einzubeziehen.

Herr Stüttem (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) erläutert, in jedem Stadtbezirk sei eine Bürgerbeteiligung vorgesehen. Insofern werde bis zur abschließenden Beschlussfassung sicherlich noch viel Zeit vergehen.

18.2 - Anfrage des SE Dr. Soénius zum Thema „Werbesatzung für öffentliche Straßengitter“

Se Dr. Soénius erinnert an die noch ausstehende Antwort zur Sitzung am 10.06.10, (TOP 18.5).

Beigeordneter Streitberger erklärt, es stehe noch eine Stellungnahme der Kölner Außenwerbung aus.

18.3 – Nachfrage des Vorsitzenden Klipper zum Thema Baugrundstücke für 2011

Vorsitzender Klipper erinnert an die Beantwortung seiner Nachfrage zur letzten Sitzung, TOP 17.1 zum in Betreff genannten Thema.

19 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.

Vorsitzender Klipper schließt den Öffentlichen Teil der Sitzung.

Karl-Jürger Klipper
Vorsitzender

Marianne Michels
Schriftführerin